

Kölner Erklärung des Deutschen Kinderschutzbundes LV NRW

Die Welt unserer Kinder hat sich deutlich verändert. Mit großer Selbstverständlichkeit nutzen sie die Möglichkeiten des Internets und bewegen sich in dieser digitalen Welt. Nach der JIM-Studie¹ von 2017 besitzen 92 % der 12- bis 13-Jährigen ein eigenes Smartphone; bei älteren Jugendlichen sind es sogar 98 bis 99 %. Auch bei den jüngeren Kindern sind es schon 42 %, die ein Smartphone fast täglich nutzen (KIM-Studie)², Tendenz auch hier steigend. Dabei ist es nach den Ergebnissen der Studien die Kommunikation über Apps – derzeit bevorzugt WhatsApp –, die an erster Stelle für beide Altersgruppen steht. YouTube, Suchmaschinen und Musikangebote folgen. Diese grundsätzlich positive Entwicklung, die den Kindern und Jugendlichen Information und Kontakt bietet, ist nicht ohne Gefahren.

Laut JIM-Studie 2017 geben 20 % der Jugendlichen an, schon einmal von falschen oder beleidigenden Informationen über die eigene Person betroffen zu sein, 40 % kennen Beispiele für Cybermobbing, 8 % der Befragten waren selbst betroffen. Auch bei den jüngeren Nutzerinnen und Nutzern nehmen diese Zahlen zu.

Der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V. beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge und fordert einen verstärkten Schutz der Kinder auch im Netz. Dabei ist es aus unserem Verständnis vordringlich, Kinder zu informieren, zu schulen und damit stark zu machen, weil starke Kinder den beschriebenen Gefahren besser trotzen können. Aber auch Eltern, Netzbetreiber, social-media-Plattformen und nicht zuletzt die Politik sind gefordert, sich intensiv und vor allem rasch des Themas anzunehmen.

Wir erwarten von der Politik:

Medienkompetenzvermittlung gehört in die Curricula aller Bildungs- und Ausbildungsgänge. Medienkompetenzvermittlung muss fester Bestandteil der Ausbildung aller pädagogischen Berufe sein. Nur so kann ein flächendeckendes Angebot erreicht werden. Bis dahin sollen

-
- 1 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): JIM-Studie 2017. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart 2017.
 - 2 Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): KIM-Studie 2016. Kindheit, Internet, Medien. Basisstudie zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger in Deutschland. Stuttgart 2017.

Schulen durch finanzielle Mittel in die Lage versetzt werden, externe Fachleute hinzuzuziehen. Dass eine entsprechende technische Ausstattung der Schulen Grundvoraussetzung ist, darf nicht vergessen werden. Dabei ist der Vorschlag, dass Kinder mit ihren eigenen Geräten in den Unterricht kommen, aus unserer Sicht wenig geeignet, weil hierbei die Gefahr besteht, dass Kinder aus benachteiligten Milieus diskriminiert werden.

Der Jugendmedienschutz muss an die veränderten Bedingungen angepasst werden, die Landesmedienanstalten mit entsprechenden Kompetenzen und Mitteln ausgestattet werden.

Wir erwarten von der Kinder- und Jugendhilfe:

Fortbildung für Eltern, auch kombinierte Eltern-Kind-Kurse, gehören in die Programme aller Familienbildungsträger. Vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen müssen auch Familienzentren Elternfortbildung anbieten, weil hier niedrigschwellige Angebote sehr wichtig sind. Eltern sind neben den Schulen wichtigste Unterstützer ihrer Kinder, auch beim Medienkonsum. Obwohl sie selbst Medien stark nutzen, sind ihnen die Gefahren für ihre Kinder häufig nicht bewusst oder sie wissen nicht, wie sie ihnen begegnen sollen.

Wir erwarten von Regulierungsbehörden und Justiz:

Die Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ der Landesmedienanstalt in Zusammenarbeit mit Justiz und Medienhäusern muss fortgesetzt werden. Die Entwicklung eines technischen Jugendschutzes für mobile Endgeräte sollte vor allem für Kinder unter 14 Jahren vorangebracht werden. Hierfür sind auch die Anbieter von Soft- und Hardware in die Pflicht zu nehmen.

Unser Beitrag:

Wir werden unsere über 100 Ortsverbände ermutigen und unterstützen, ihr Aufgabenspektrum – da wo es noch nicht geschehen ist – um das wichtige Thema der Sicherheit für Kinder im Netz zu erweitern. Auch das ist ein Baustein des aktiven Kinderschutzes. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bestehende Benachteiligung von Kindern, die in Armut leben, aufgehoben wird und sie gleichberechtigten Zugang und gleiche Wissenschancen haben wie alle anderen Kinder auch.

Köln, den 14. April 2018